

04.08.2004 – 10:00 Uhr

hotelleriesuisse sagt ja zum Erwerbsersatz für Mütter und zur erleichterten Einbürgerung

Bern (ots) -

Die beiden Reform-Vorlagen im Bereich Einbürgerungen sowie die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes für Dienstleistende und Mütter werden von hotelleriesuisse zur Annahme empfohlen. Anders sieht die Situation bei der Poststellen-Initiative aus, wo die Nein-Parole gefasst wurde. Diese Empfehlungen an die Mitglieder fasste die Spitze des führenden Arbeitgeberverbandes der Hotellerie an ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause.

An der letzten Sitzung der Verbandsleitung von hotelleriesuisse wurden folgende Empfehlungen an die Mitglieder für die kommende Abstimmung vom 26. September 2004 vereinbart:

Erleichterte Einbürgerung liegt im Interesse aller Beteiligten

Die beiden Reform-Vorlagen im Bereich Einbürgerung werden von hotelleriesuisse zur Annahme empfohlen. Die vorgeschlagene Vereinheitlichung und Vereinfachung des Verfahrens zur Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation befördert die Gleichstellung dieser Menschen in Gesellschaft, Politik sowie im Arbeitsleben und unterstützt damit ihre Integration in ihrer neuen Heimat. Für die Hotellerie mit ihrem vergleichsweise hohen Anteil an ausländischen Arbeitnehmenden ein wichtiges Anliegen.

Verdiente Entschädigung für erwerbstätige Mütter

Ebenfalls positiv beurteilt der Unternehmerverband der Schweizer Hotellerie die Abstimmungsvorlage zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes für Dienstleistende und Mütter, das die Einführung eines Taggeldes von 80% des massgebenden Erwerbseinkommens während 14 Wochen für arbeitende Mütter vorsieht. In der Hotellerie würde die Gesetzesrevision aufgrund der neu paritätisch finanzierten Versicherung insgesamt zu einer jährlichen Reduktion der damit verbundenen Kosten für die Arbeitgeber von 0,15% auf 0,08% der Lohnsumme führen. Ausserdem wäre dann ein wichtiger Schritt in Richtung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht, der im Interesse der gesamten Schweizer Wirtschaft liegt, und dem in der Hotelwirtschaft mit ihrem hohen Frauenanteil besondere Bedeutung zukommt. Vor diesem Hintergrund hat hotelleriesuisse die Ja-Parole zu dieser Vorlage beschlossen.

Nein zu Poststellen-Initiative

Die von Gewerkschaften und gewissen Konsumentenschutz-Organisationen unterstützte Volksinitiative "Postdienste für alle" verlangt eine flächendeckende Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Postbüros. hotelleriesuisse wehrt sich zusammen mit zahlreichen anderen Wirtschaftsverbänden gegen solch strukturkonservative Überlegungen. Bereits heute ist das Poststellennetz defizitär. Dieses aus rein sozial- oder regionalpolitischen Gründen um jeden Preis aufrecht erhalten zu

wallen, hält hotelleriesuisse für falsch. Wichtiger als die flächendeckende Versorgung ist aus Sicht der Kunden ausserdem das Angebot der wirklich nachgefragten Dienstleistungen. Vor diesem Hintergrund hat hotelleriesuisse die Nein-Parole zu dieser Vorlage herausgegeben.

Kontakt:

Isabel Garcia,
Leiterin Kommunikation
Tel. +41/(0)31/370'42'86
Mobile +41/(0)79/652'85'19

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100004113/100477749> abgerufen werden.